Woche bis Freitag, den 13. Juni 2008

Marktinfo

Wöchentliche Marktübersicht

Inhalt

Internationale Finanzmärkte 2

Inflationsangst lässt Aktienmärkte schaudern 2
Internationale Finanzmärkte
Internationale Aktienmärkte im Überblick 3
USA 4
Europa 4
Asiatisch-pazifischer Raum 5
People's Bank of China hebt Mindestreservesatz an 5
Reserve Bank of India erhöht die Zinsen 6
Bank of Japan lässt Zinsen unverändert 6
Kanada 7
Währungen 7
Ausgewählte Währungen – Wochenergebnisse 8

Indikatoren-Übersicht 9
Europa 9
Eurozone 9
Deutschland 9
Asiatisch-pazifischer Raum 9
Japan 9
Asiatisch-pazifischer Raum (ohne Japan) 10
Australien 10
China 10
USA 11

Fazit und Ausblick 14

Vorausschau
16. – 20. Juni 2008 14

Quelle:
Die Informationen werden von Fidelitys Investment-Communication-Team zusammengestellt. Sie basieren auf einer großen Auswahl externer Quellen sowie auf Informationen, die Fidelitys Fondsmanager und Analysten zur Verfügung stellen. Fidelity übernimmt weder die Gewähr für den Inhalt der Informationen noch haftet Fidelity für etwaige Irrtümer, Fehler, Auslassungen oder widersprüchliche Angaben darin.

Internationale Finanzmärkte

Von Anne D. Picker, Chefvolkswirtin, produziert von ECONODAY®

Inflationsangst lässt Aktienmärkte schaudern

Internationale Finanzmärkte

Inflationsängste und Zinssorgen setzten die Märkte in der vergangenen Woche weiter unter Druck. Äußerungen – und teilweise auch Maßnahmen – von Notenbanken rückten die Angst vor steigenden Teuerungsraten in den Mittelpunkt der geldpolitischen Diskussion. Viele Schwellenländer, darunter Vietnam, Indonesien und die Philippinen, haben ihre Zinsen im Kampf gegen die Inflation bereits angehoben. Letzte Woche schloss sich die Reserve Bank of India ihnen an. Die People's Bank of China sah von einer Leitzinsanhebung zwar ab, sie erhöhte jedoch die vorgeschriebenen Mindestreserven. Am Dienstag bestätigte sich die restriktive Haltung der Notenbanken, als die Bank of Canada die Märkte schockte, indem sie ihren maßgeblichen Satz unverändert bei 3 % ließ – fast alle Beobachter hatten mit einer Zinssenkung gerechnet.

Noch schärfere Töne schlugen führende Vertreter der amerikanischen Federal Reserve (Fed) und der Europäischen Zentralbank (EZB) an, die bemüht waren, sich der Öffentlichkeit als besonders standhafte Hüter der Geldwertstabilität zu präsentieren. EZB-Ratsmitglied Jürgen Stark relativierte allerdings frühere Äußerungen von EZB-Präsident Jean-Claude Trichet und signalisierte, es sei unwahrscheinlich, dass die Zinsen in der Eurozone mehr als einmal angehoben würden. Zuvor hatte Trichet an den Märkten für Verblüffung gesorgt, indem er auf seiner Pressekonferenz nach der letzten EZB-Sitzung gewarnt hatte, eine Zinserhöhung sei bereits im Juli möglich. Der EZB-Chef hatte aber offen gelassen, wie oft die Zinsen angehoben werden könnten.

Nur der Dow beendete die Woche mit positivem Ergebnis. An den anderen Märkten reichten die Verluste von 0,1 % (S&P 500) bis 13,8 % (Shanghai Composite). Dank der scharfen Äußerungen der Fed zum Thema Inflation konnte sich der Dollar im Wochenverlauf gegenüber den meisten anderen Währungen verbessern.

Internationale Aktienmärkte im Überblick

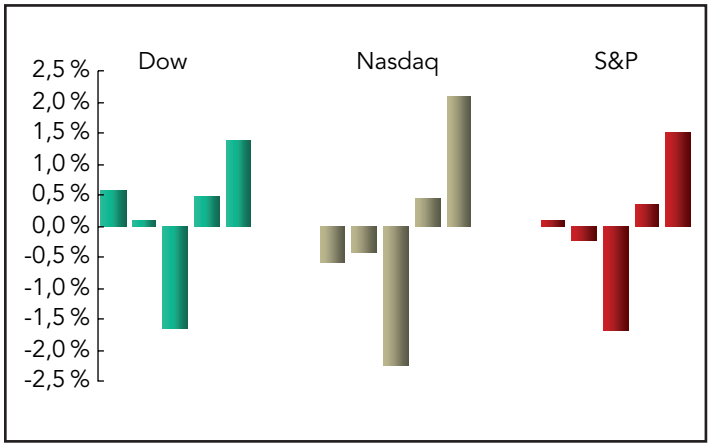
	Index	2007 31. Dezember	2008 6. Juni	2008 13. Juni	Veränderung in % Woche	Veränderung in % Jahr
Asien						
Australien	All Ordinaries	6.421,0	5.691,2	5.479,6	-3,7 %	-14,7 %
Japan	Nikkei 225	15.307,8	14.489,4	13.973,7	-3,6 %	-8,7 %
	Topix	1.475,7	1.428,1	1.371,6	-4,0 %	-7,1 %
Hongkong	Hang Seng	27.812,7	24.402,2	22.592,3	-7,4 %	-18,8 %
Südkorea	Kospi	1.897,1	1.832,3	1.747,4	-4,6 %	-7,9 %
Singapur	STI	3.482,3	3.146,7	2.979,6	-5,3 %	-14,4 %
China	Shanghai Composite	5.261,6	3.329,7	2.868,8	-13,8 %	-45,5 %
Indien	Sensex 30	20.287,0	15.572,2	15.189,6	-2,5 %	-25,1 %
Indonesien	Jakarta Composite	2.745,8	2.402,2	2.398,4	-0,2 %	-12,7 %
Malaysia	KLSE Composite	1.445,0	1.248,6	1.229,4	-1,5 %	-14,9 %
Philippinen	PSEi	3.621,6	2.739,7	2.554,8	-6,8 %	-29,5 %
Taiwan	Taiex	8.506,3	8.745,4	8.105,6	-7,3 %	-4,7 %
Thailand	SET	858,1	817,3	782,6	-4,2 %	-8,8 %
Europa						
Großbritannien	FTSE 100	6.456,9	5.906,80	5.802,80	-1,8 %	-10,1 %
Frankreich	CAC	5.614,1	4.795,32	4.682,30	-2,4 %	-16,6 %
Deutschland	XETRA DAX	8.067,3	6.803,81	6.765,32	-0,6 %	-16,1 %
Nordamerika						
USA	Dow	13.264,8	12.209,8	12.307,4	0,8 %	-7,2 %
	NASDAQ	2.652,3	2.474,6	2.454,5	-0,8 %	-7,5 %
	S&P 500	1.468,4	1.360,7	1.360,0	0,0 %	-7,4 %
Kanada	S&P/TSX Comp.	13.833,1	14.969,6	14.778,5	-1,3 %	6,8 %
Mexiko	Bolsa	29.536,8	31.149,1	30.413,6	-2,4 %	3,0 %

Die Börsen in China, Hongkong, den Philippinen und Australien waren am Montag, den 9. Juni geschlossen.

USA

Das Börsengeschehen stand in der vergangenen Woche im Zeichen stabilitätspolitisch scharfer Töne einiger Fed-Vertreter und widersprüchlicher Meldungen zum überaus wichtigen Konsumsektor. Zwar stiegen die Umsätze des amerikanischen Einzelhandels im Mai deutlicher als erwartet, gleichzeitig jedoch werden immer neue Tiefstände beim Verbrauchervertrauen registriert. Wie die Vertreter anderer Zentralbanken zeigten sich nun auch die Verantwortlichen der Federal Reserve stärker stabilitätsorientiert. Fed-Chef Ben Bernanke und sein Stellvertreter Donald Kohn betonten, die US-Notenbank werde in der Inflationsbekämpfung nun wieder größere Wachsamkeit an den Tag legen – sie ließen keinen Zweifel daran, dass dieser Frage vorläufig ihr Hauptaugenmerk gilt. Dies führte zu zahlreichen Spekulationen darüber, wann und wie häufig (!) die Federal Reserve ihren Tagesgeldsatz in diesem Jahr wohl erhöhen wird. Die Renditen von US-Staatsanleihen stiegen daraufhin, denn einige Analysten waren der Ansicht, mit einem Zinsschritt sei bereits auf der Sitzung des Offenmarktausschusses in diesem Monat zu rechnen.

Die Woche an der US-Börse

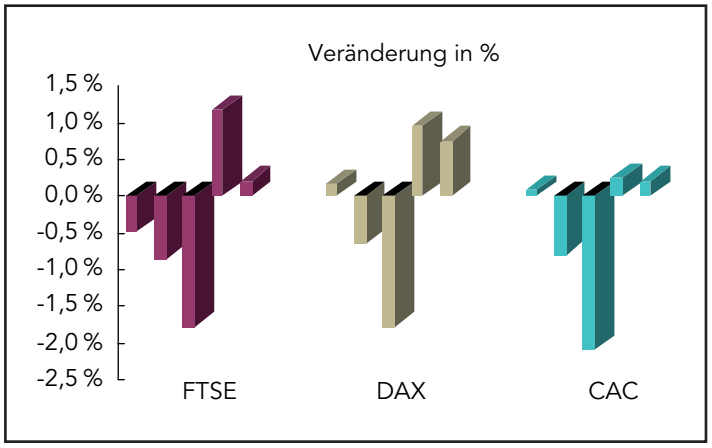


Am Freitag zogen die US-Aktienmärkte am zweiten Tag in Folge an – der Rückgang der Ölpreise hatte die Anleger aufgemuntert und der vergleichsweise geringe Anstieg des Kernverbraucherpreisindex hatte die Angst, dass die Fed die Zinsen bald anheben muss, etwas gedämpft. Im Wochenergebnis fielen die Verluste der amerikanischen Börsen daher weniger dramatisch aus. Weder Nasdaq noch S&P 500 konnten indessen die Kursverluste ganz auffangen, sodass sie die Woche um 0,8 % beziehungsweise 0,1 % im Minus beendeten. Der Dow dagegen verbesserte sich im Wochenverlauf um 0,8 %.

Europa

FTSE, CAC und DAX schlossen trotz Gewinnen am Donnerstag und Freitag ebenfalls mit negativem Wochenergebnis. Der FTSE befand sich damit in der vierten Woche in Folge auf Abwärtskurs, CAC und DAX in der zweiten Woche. Die Anleger schienen überzeugt, dass sich die Märkte auf ein unterdurchschnittliches Wachstum und höhere Inflationsraten oder eine Form von Stagflation einstellen müssten. Die Stimmung unter den Marktteilnehmern wurde weiter von der Entwicklung der Ölpreise und den täglich wechselnden Aussichten für die US-Wirtschaft bestimmt. So stiegen zum Beispiel am Freitag die Kurse, nachdem die Ölpreise gefallen waren und Berichte zur Inflation und zum Verbrauchervertrauen die Besorgnis gedämpft hatten, dass die Fed ihren Leitzins allzu schnell erhöhen werde. Am Donnerstag waren den Aktienmärkten ein Fusionsangebot des Brauereikonzerns InBev NV für den US-Konkurrenten Anheuser-Busch sowie eine Erholung der Bankwerte zu Hilfe gekommen. Sehr ungünstig für den FTSE war eine Verschlechterung des Verbrauchervertrauens infolge der sinkenden Eigenheimpreise und der kräftig steigenden Inflation. Kurseinbußen registrierten an der britischen Börse vor allem die Bankaktien – die Anleger waren besorgt, dass die Bank of England (BoE) durch die Inflationsgefahr in ihrem Bemühen gebremst werden würde, die lahmende Konjunktur anzukurbeln und den ausgedörrten Kreditmärkten mehr Liquidität zuzuführen. Im Wochenverlauf verloren FTSE, DAX und CAC 1,8 %, 0,6 % beziehungsweise 2,4 %.

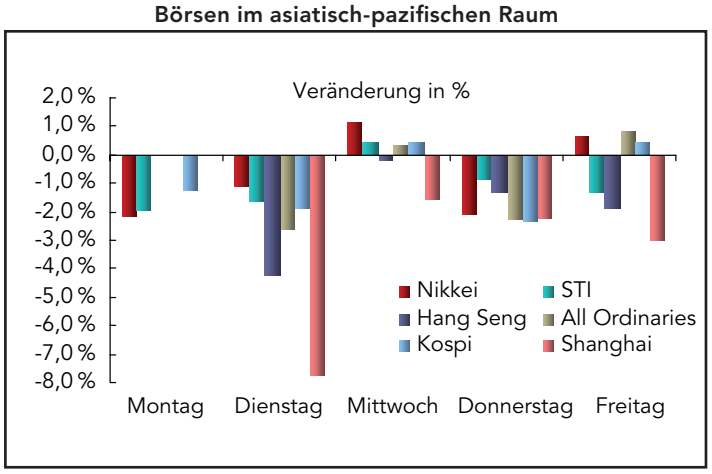
FTSE, DAX und CAC



Asiatisch-pazifischer Raum

Die Aktienkurse in der asiatisch-pazifischen Region wurden in der vergangenen Woche durch wachsende Inflationsängste infolge der stetig steigenden Ölpreise und der scharfen Töne einiger Zentralbanken belastet. Alle hier verfolgten Indizes fielen im Wochenverlauf. Die Verluste reichten von 0,2 % (Jakarta Composite) über 1,5 % (malaysischer KLSE Composite) bis hin zu 13,8 % (Shanghai Composite). Die übrigen Börsenbarometer büßten zwischen 2,4 % (Sensex) und 7,4 % (Hang Seng) ein. Der japanische Aktienmarkt profitierte am Freitag von der Yen-Schwäche im Vorfeld des G8-Gipfels. Ein nachgebender Yen verschafft Exportwerten wie Auto- und Elektronikherstellern Auftrieb, während der Ölpreisanstieg vor allem dem Rohstoffsektor nutzt. Einige Indizes unterschritten im Verlauf der Woche psychologisch wichtige Schwellen. So fiel der Nikkei unter die Marke von 14.000 Punkten, der Shanghai Composite sank unter 3.000 und der Hang Seng unter 23.000 Punkte. Am Freitag zogen die asiatischen Börsen wieder an, angeführt von Automobil- und Elektronikwerten, nachdem die Umsätze des US-Einzelhandels doppelt so deutlich gestiegen waren wie erwartet, wodurch Spekulationen genährt worden waren, die Verbraucherausgaben würden nicht nachgeben.

Börsen im asiatisch-pazifischen Raum



Die Aktienkurse in der Volksrepublik China sanken auf den niedrigsten Stand seit 15 Monaten. Der Shanghai Composite fiel am achten Handelstag in Folge, nachdem die People's Bank of China den Mindestreservesatz am Wochenende erhöht hatte. Und trotz unerwartet guter Zahlen zur Verbraucherpreisinflation im Mai fand der Kursrutsch kein Ende. Der Index schloss erstmals seit Februar 2007 unterhalb von 3.000 Punkten. In der vergangenen Woche notierte der Shanghai Composite um 13,8 % niedriger, seit Jahresbeginn hat er bereits 45,5 % verloren.

Shanghai Composite – 2008

Der indische Sensex, ohnehin belastet durch Ängste, die hohen Ölpreise würden die Teuerung anheizen und die Konjunktur bremsen, reagierte mit deutlichen Kursverlusten auf die Entscheidung der Reserve Bank of India (RBI), die Zinsen um einen Viertelprozentpunkt auf 8 % anzuheben. Steigende Kraftstoff- und Lebensmittelpreise hatten dazu geführt, dass die Inflationsrate in Indien den höchsten Wert seit August 2004 erreicht hatte, wodurch auch der Druck auf die Zentralbank gewachsen war, die Zinsen zu erhöhen. Der Anstieg der Großhandelspreise beschleunigte sich in der siebten Woche in Folge. Im bisherigen Jahresverlauf ist der Sensex der drittschlechteste Performer unter den asiatischen Indizes. Indien muss rund 70 % seines Ölbedarfs importieren. In der vergangenen Woche sank der Sensex um 2,5 %, seit Jahresbeginn hat er bereits 25,1 % verloren.

Der südkoreanische Kospi fiel im Wochenverlauf um 4,6 %, teilweise bedingt durch politische Unsicherheit und Inflationssorgen. Die Börse in Seoul quittierte die wachsende politische Instabilität und die Angst vor weltweiten Zinserhöhungen zur Inflationsbekämpfung mit deutlichen Kursverlusten. Der südkoreanische Premierminister und das gesamte Kabinett hatten ihren Rücktritt angeboten und damit auf die Ankündigung der bisher größten Kundgebung gegen die Wiederaufnahme von Rindfleisch-Importen aus den Vereinigten Staaten reagiert. Zu Wochenbeginn hatten sich die Marktteilnehmer zurückhaltend gezeigt – sie hatten die Zinsentscheidung der Bank of Korea und den Ablauf von Options- und Terminkontrakten am Donnerstag abwarten wollen. Die Kurse fielen, nachdem die Notenbank beschlossen hatte, die Zinsen im zehnten Monat in Folge unverändert bei 5,0 % zu lassen (höchster Stand seit sieben Jahren).

People's Bank of China hebt Mindestreservesatz an

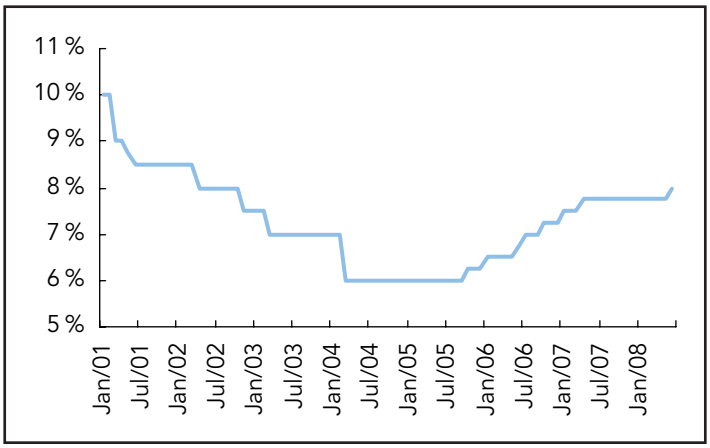
Die People's Bank of China (PBoC) kündigte zum Wochenende eine erneute Anhebung des Mindestreservesatzes für Banken an. Der vorgeschriebene Satz wird in zwei Schritten um insgesamt einen Prozentpunkt erhöht – am 15. Juni auf 17 % und am 25. Juni auf 17,5 %. Wie bereits bei früheren Anhebungen betonte die PBoC, Ziel sei die bessere Steuerung der Liquidität im Bankensektor. In den von den Erdbeben betroffenen Regionen Chinas tritt die Erhöhung erst später in Kraft, um sicherzustellen, dass ausreichende Mittel für Katastrophenhilfe und Wiederaufbau zur Verfügung stehen. Durch die jüngste Anhebung der Mindestreserve werden rund 420 Mrd. Yuan (60,7 Mrd. $) im Bankensystem blockiert. Auf diese Weise will die Zentralbank die überschüssige Liquidität abschöpfen, die durch das

schnelle Anwachsen der Devisenreserven entsteht. In den letzten Jahren hat sich die PBoC verschiedener währungspolitischer Werkzeuge bedient, um die Liquidität im Finanzsystem des Landes einzudämmen, darunter auch häufiger Anhebungen der vorgeschriebenen Mindestreserven der Geldinstitute.

Reserve Bank of India erhöht die Zinsen

Die Reserve Bank of India hob überraschend erstmals seit 15 Monaten den Leitzins an, um so einem kräftigen Anstieg der Teuerungsrate infolge steigender Lebensmittel- und Energiepreise Einhalt zu gebieten. Die Notenbank erhöhte ihren maßgeblichen Satz um einen Viertelprozentpunkt auf 8 %. Dieser Schritt erfolgte sieben Wochen vor der nächsten turnusmäßigen Sitzung am 29. Juli. Die eilige Entscheidung unterstrich die Besorgnis von Notenbankchef Yaga Venugopal Reddy, nachdem Indien die Kraftstoffpreise so kräftig angehoben hatte wie seit mindestens sechs Jahren nicht mehr. Die höheren Zinsen haben bereits die Verbrauchernachfrage geschwächt und Indiens Wirtschaftswachstum für das Jahr bis zum 31. März auf 9 % gedrückt – das ist das geringste Wachstum seit drei Jahren. Im weiteren Wochenverlauf zeigte sich der wachsende Inflationsdruck sehr deutlich – die Großhandelspreise stiegen in der Woche bis zum 31. Mai um 8,75 %, nachdem sie in der Vorwoche um 8,24 % zugelegt hatten. Die RBI schloss sich damit einer wachsenden Zahl asiatischer Zentralbanken an, die sich entschieden haben, den immer schnelleren Preisauftrieb zu Lasten des Wirtschaftswachstums einzudämmen, indem sie ihren maßgeblichen Reposatz erhöhen, um die Inflationserwartungen zu dämpfen. In der Zinsentscheidung der indischen Währungshüter spiegelt sich auch die wachsende Sorge über die Beschleunigung der Inflation in der gesamten Region wider. Die Zentralbanken Vietnams, Indonesiens und der Philippinen hatten ihre Zinsen unlängst ebenfalls angehoben.

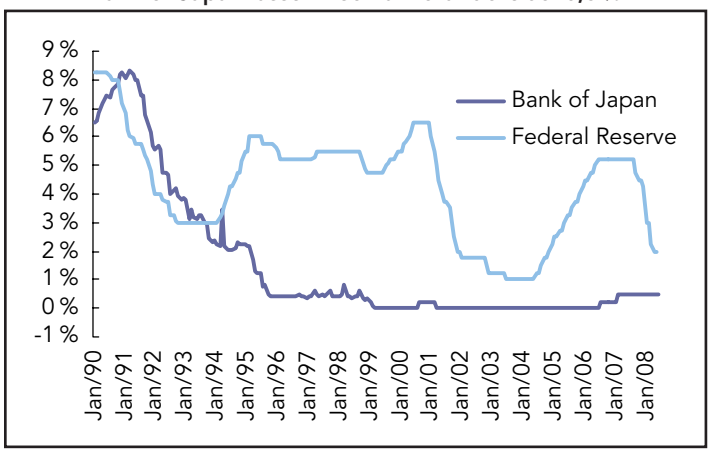
Leitzins der Reserve Bank of India



Bank of Japan lässt Zinsen unverändert

Wie erwartet, ließ der geldpolitische Ausschuss der Bank of Japan (BoJ) den Tagesgeldsatz vor dem Hintergrund unsicherer Konjunkturaussichten unverändert bei 0,5 %. Große Bedeutung maßen die Ausschussmitglieder den Folgen des Preisauftriebs auf die Realwirtschaft bei, denn der Anstieg der Energie- und Rohstoffpreise zieht eine Erosion der Gewinne und einen Rückgang der Ausgaben nach sich. Einige Analysten erwarten, dass der Kernverbraucherpreisindex (ohne Frischwaren) im Mai um rund 1,5 % im Vorjahresvergleich gestiegen ist, nach einem Plus von nur 0,9 % im April. Ein weiterer Grund zur Sorge für den Ausschuss ist das schwächelnde Exportwachstum. Zwar sieht die BoJ die Ursache in der Industrieproduktion selbst, manche fürchten jedoch, dass die japanische Exportwirtschaft ihre hohen Steigerungsraten angesichts des globalen Konjunkturabschwungs nicht beibehalten kann. Als Reaktion auf die Schwierigkeiten vieler Unternehmen infolge der gestiegenen Preise ließ die japanische Regierung verlauten, möglicherweise habe die längste Wachstumsphase des Landes seit dem Krieg ein Ende gefunden. Kompliziert wird die Geldpolitik außerdem durch die stark erhöhten Ölpreise, die die Inflation anheizen und gleichzeitig die Nachfrage bremsen. Die Unternehmen sind gezwungen, die höheren Kosten an die Verbraucher weiterzugeben, da ihre Gewinnmargen bereits unter den gestiegenen Preisen und dem schwächeren Wachstum leiden. Die Unternehmensgewinne sanken im ersten Quartal um fast ein Fünftel.

Bank of Japan lässt Zinsen unverändert bei 0,5 %

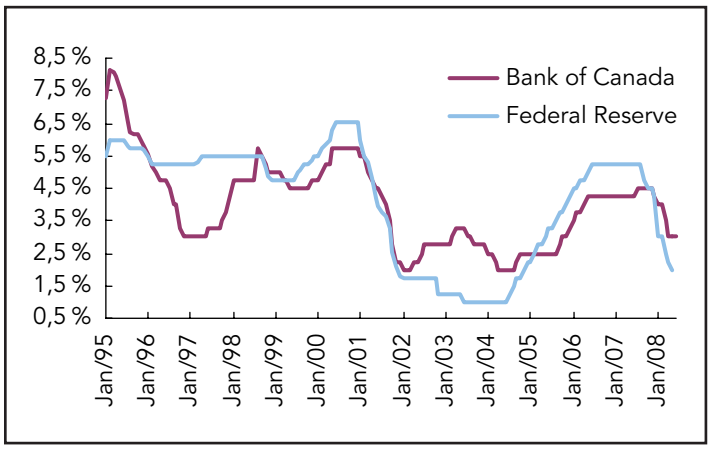


BoJ-Gouverneur Masaaki Shirakawa erklärte im Anschluss an die Sitzung, die weltweit wachsenden Inflationsrisiken hätten am Markt zu der Erwartung eines Zinsschritts der Federal Reserve geführt. Das Inflationsrisiko, so Shirakawa weiter, steige auf globaler Ebene. Da sich die wirtschaftliche Situation allerdings von Land zu Land unterscheide, mache jede Zentralbank ihre Geldpolitik von der jeweiligen konjunkturellen Lage abhängig. Seine Äußerungen, die weniger scharf formuliert waren als von einigen Anlegern erwartet, stärkten die Ansicht, dass die BoJ ihren Leitzins in nächster Zeit nicht anheben werde, und führten dadurch zu Yen-Verkäufen.

Kanada

Am Dienstag überraschte die Bank of Canada (BoC) die Märkte, als sie ihren maßgeblichen Zinssatz bei 3 % ließ. Analysten hatten erwartet, dass die BoC die Zinsen um einen Viertelprozentpunkt auf 2,75 % senken und dann pausieren werde. Der Leitzins der kanadischen Zentralbank liegt um einen Prozentpunkt über dem der Federal Reserve von 2,0 %. Auf ihrer Sitzung im Juli 2007 hatten die kanadischen Währungshüter die Zinsen auf 4,5 % erhöht. Seitdem hat die BoC allerdings die Zinsen auf ihren Sitzungen im Dezember 2007 sowie im Januar, März und April 2008 gesenkt. Hintergrund der Zinssenkungen waren Anzeichen dafür gewesen, dass die USA, Abnehmer von 80 % der kanadischen Exporte, in die Rezession abrutschen könnten. Das Bruttoinlandsprodukt verringerte sich im ersten Quartal um 0,1 % gegenüber dem Vorquartal – das war der erste Rückgang seit dem zweiten Quartal 2003. Zwar konnten sich die Umsätze im Einzelhandel nach einem kräftigen Rückgang im Dezember behaupten, die Lieferungen im verarbeitenden Gewerbe, die in den ersten beiden Monaten des Jahres unerwartet deutlich gestiegen waren, registrierten im März jedoch einen heftigen Einbruch. Wie am Freitag veröffentlichte Zahlen zeigen, haben sich die Lieferungen im April offenbar wieder erholt.

Zinsen der Bank of Canada und der Federal Reserve

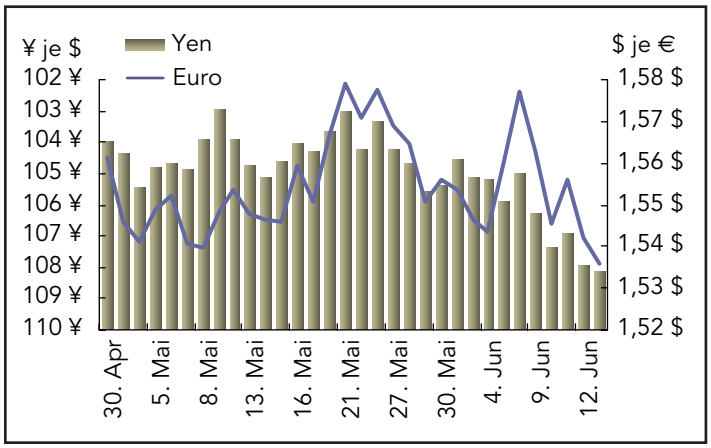


Das Zielband der BoC liegt bei 1–3 %, die Notenbank peilt jedoch den Mittelwert von 2 % an. Gemessen am Verbraucherpreisindex CPI ist die Teuerung weiterhin unter Kontrolle, sodass die Währungshüter ihre Geldpolitik an der Konjunkturentwicklung ausrichten können. Die Wirtschaft und der kanadische Dollar, der seit Herbst im Bereich der Parität zum US-Dollar notiert, profitierten vom starken Anstieg der Rohölpreise. Nun, da der Leitzins bei 3 % gelassen wurde, besteht laut BoC die Gefahr, dass die Inflationsrate aufgrund der hohen Energiekosten über 3 %, den oberen Rand des Zielbands, steigt. Die Entscheidung, den Kampf gegen die Inflation trotz des kräftigen Anstiegs der weltweiten Lebensmittel- und Energiepreise zu unterbrechen, stand im Einklang mit entsprechenden Entscheidungen anderer Zentralbanken, unter anderem in Großbritannien, den USA und der Eurozone.

Währungen

Im Vorfeld des Treffens der G8-Finanzminister im japanischen Osaka am 13. und 14. Juni gewann der US-Dollar gegenüber den meisten anderen Währungen an Wert. Dafür gab es mehrere Gründe. Im Verhältnis zum Euro erreichte der Dollar den höchsten Stand seit einem Monat – dahinter standen Spekulationen über ein mögliches Signal der G8-Staaten, dass ihnen an einem stärkeren Dollar gelegen ist (allerdings ist die Währungspolitik nicht Bestandteil der offiziellen Tagesordnung). An den Devisenmärkten ist außerdem die Ansicht verbreitet, dass noch in diesem Jahr mit einer Zinserhöhung der Federal Reserve zu rechnen sei. Am Freitag schließlich gab der Euro nach, als die irischen Wähler den EU-Vertrag von Lissabon in einem Volksentscheid abgelehnt und damit den europäischen Bestrebungen nach einer größeren Rolle in der Weltpolitik einen Dämpfer versetzt hatten. Im Mittelpunkt stand zwar vor allem die europäische Gemeinschaftswährung, allerdings verlor auch der Yen gegenüber dem Dollar an Boden, bedingt durch die hartnäckige Erwartung, die Fed werde ihren Leitzins noch in diesem Jahr erhöhen, um die Inflation im Zaum zu halten.

Yen und Euro schwächer



In den letzten zwei Wochen hatte die Diskussion um die Schwäche der US-Währung an Schärfe gewonnen. Am 3. Juni hatte der Fed-Vorsitzende Bernanke geäußert, ihm sei bewusst, welche Folgen der fallende Dollar auf die Preiserwartungen haben könne. Am Dienstag legte der Greenback zu, nachdem mehrere hochrangige Regierungsvertreter deutlich gemacht hatten, dass sie einen stärkeren Dollar wünschten. Wichtige Vertreter der Federal Reserve und des Finanzministeriums – und sogar Präsident Bush – hatten ihr politisches Gewicht zugunsten des Dollars in die Waagschale geworfen, was am Dienstag zu einer regelrechten Welle von Dollarkäufen führte. An den Devisenmärkten waren ihre Äußerungen als Zeichen verstanden worden, dass die politische und wirtschaftliche Führung der USA gemeinsam bemüht sei, dem Wertverfall des Dollars Einhalt zu gebieten. Sehr aufmerksam beobachteten die Märkte allerdings auch Fed-Chef Bernanke, der vor einem Anstieg der Inflationsrisiken als Folge des kräftigen Anstiegs der Energiepreise warnte. Bernanke sagte, die Notenbank werde den steigenden Inflationserwartungen „energisch entgegenwirken" – sein bislang klarstes Bekenntnis zum Ende des Zinssenkungszyklus der Fed.

Ausgewählte Währungen – Wochenergebnisse

	Index	2007	2008		Veränderung in %	
		31. Dezember	6. Juni	13. Juni	Woche	Jahr
USD je Währungseinheit						
Australien	Australischer Dollar	0,878	0,963	0,939	-2,5%	7,0%
Neuseeland	Neuseeländischer Dollar	0,774	0,767	0,750	-2,3%	-3,1%
Kanada	Kanadischer Dollar	1,012	0,981	0,972	-0,9%	-4,0%
Eurozone	Euro	1,460	1,577	1,536	-2,6%	5,2%
Großbritannien	Britisches Pfund	1,984	1,970	1,947	-1,2%	-1,9%
Währungseinheit je USD						
China	Yuan	7,295	6,923	6,902	0,3%	5,7%
Hongkong	Hongkong-Dollar*	7,798	7,808	7,815	-0,1%	-0,2%
Indien	Rupie	39,410	43,020	42,880	0,3%	-8,1%
Japan	Yen	111,710	104,995	108,217	-3,0%	3,2%
Malaysia	Ringgit	3,306	3,258	3,276	-0,5%	0,9%
Singapur	Singapur-Dollar	1,436	1,364	1,380	-1,2%	4,0%
Südkorea	Won	935,800	1031,500	1043,500	-1,1%	-10,3%
Taiwan	Taiwan-Dollar	32,430	30,450	30,495	-0,1%	6,3%
Thailand	Baht	29,500	33,160	33,185	-0,1%	-11,1%
Schweiz	Schweizer Franken	1,133	1,019	1,049	-2,9%	8,0%

*An den USD gekoppelt;
Quelle: Bloomberg

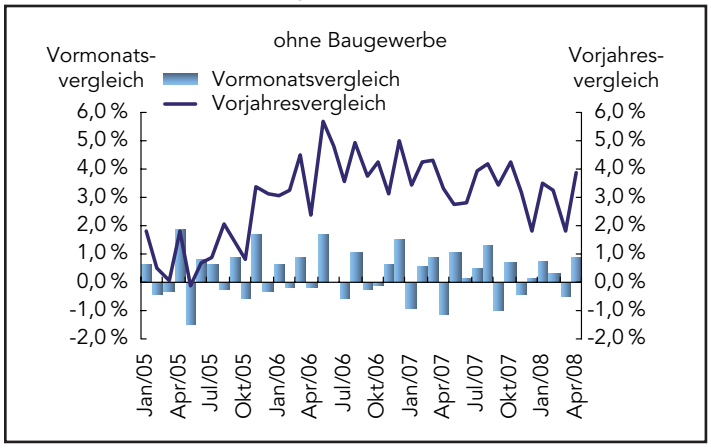
Indikatoren-Übersicht

Europa

Eurozone

Die Industrieproduktion wuchs im April um 0,9 % gegenüber März und um 3,9 % verglichen mit April 2007. Die Erholung gegenüber dem Vormonat war auf Produktionszuwächse in den Bereichen Investitionsgüter (2,0 %) und langlebige Konsumgüter (1,7 %) zurückzuführen, durch die Rückgänge im März mehr als ausgeglichen wurden. Die Investitionsgüterproduktion stieg um 7,5 % im Vergleich zum Vorjahr (höchste Wachstumsrate im bisherigen Jahresverlauf). Kleinere Produktionssteigerungen wurden bei Zwischenprodukten (0,3 %) und Verbrauchsgütern (0,2 %) verzeichnet. Rückläufig war die Produktion nur bei den Energieerzeugern (-1,4 %). Die deutlichsten monatlichen Zuwächse unter den größeren Mitgliedsländern registrierten Frankreich (1,4 %), Spanien (1,2 %) und Italien (0,7 %), während die Produktion in Deutschland deutlich fiel (-0,7 %).

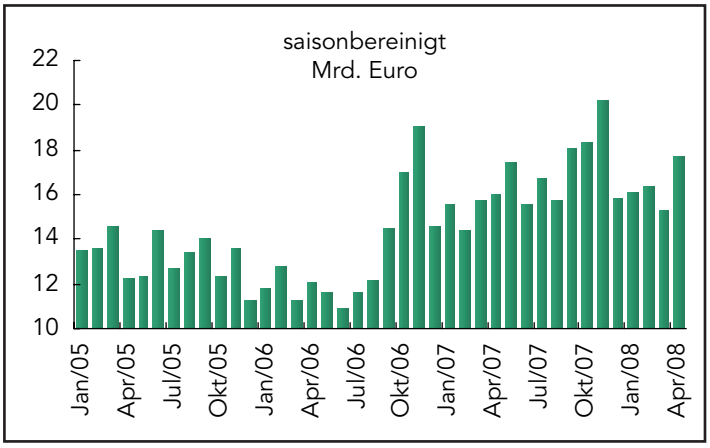
Industrieproduktion zieht an



Deutschland

Im April wies die deutsche Warenhandelsbilanz einen Überschuss von 17,7 Mrd. € aus (März: 15,3 Mrd. €). Die Ausfuhren stiegen um 1,2 %, während die Einfuhren um 2,1 % zurückgingen. Gegenüber dem Vorjahr nahmen die Exporte um 13,9 % zu. Die Ausfuhren in Länder außerhalb des Euroraums wuchsen mit 18,4 % besonders deutlich, während der Export in die Länder der Eurozone mit 11,6 % ein nicht ganz so starkes, aber immer noch solides Wachstum verzeichnete. Bei den Importen zeigte sich indessen gegenüber dem Vormonat der größte Rückgang seit November 2007 (-3,0 %) und im Vergleich zum Vorjahr ein geringeres Wachstum von 11,7 %. Die Einfuhren aus Nicht-EU-Ländern erhöhten sich um 12,1 % im Vorjahresvergleich, die Importe aus anderen Mitgliedsländern wuchsen um 11,4 %.

Warenhandelsüberschuss wächst

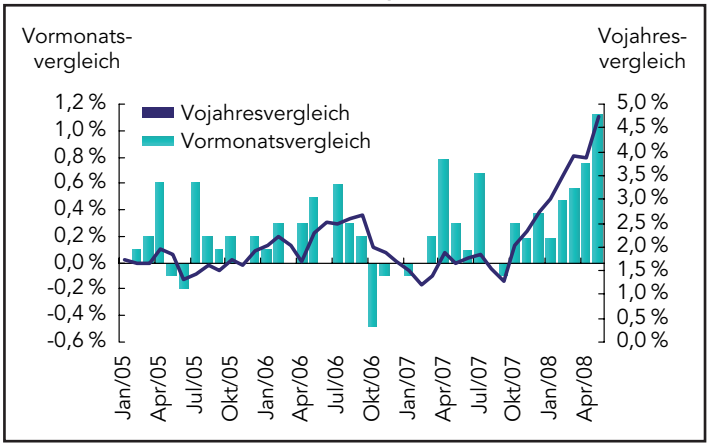


Asiatisch-pazifischer Raum

Japan

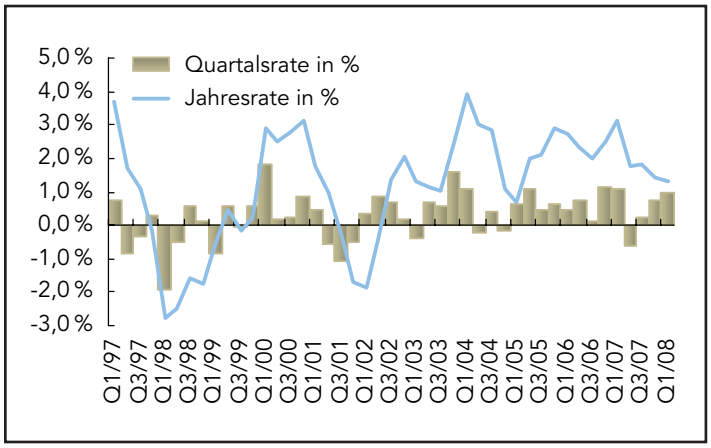
Der Index der Großhandelspreise, der „Corporate Goods Price Index" (CGPI), stieg im Mai unerwartet kräftig um 1,1 % im Vormonats- und um 4,7 % im Vorjahresvergleich. Das war unter Heranziehung der modifizierten Berechnungsformel der achte Monat steigender Preise in Folge. Hintergrund waren vor allem die hohen Preise an den internationalen Rohstoffmärkten. Dies wird auch deutlich, wenn man den gleichzeitig veröffentlichten Index der Einfuhrpreise heranzieht. Auf Yen-Basis legten die Importpreise um 4,3 % im Vormonats- und um 10,8 % im Vorjahresvergleich zu. Der Anstieg der Inlandspreise ist auf Preissteigerungen bei Erdöl- und Kohleprodukten, Eisen & Stahl, verarbeiteten Lebensmitteln, Chemikalien und verwandten Produkten und Metallerzeugnissen zurückzuführen. Der CGPI dürfte seinen Aufwärtstrend beibehalten, abhängig natürlich von der zukünftigen Entwicklung der Preise für Erdöl und anderer Rohstoffe sowie der Wechselkurse.

CGPI weiter positiv



Das BIP-Wachstum für das erste Quartal wurde gegenüber einer früheren Schätzung von 0,8 % auf 1,0 % gegenüber dem Vorquartal nach oben korrigiert. Gegenüber dem gleichen Quartal des Vorjahres vergrößerte sich das Bruttoinlandsprodukt um 1,3 %. Aufs Jahr hochgerechnet betrug das BIP-Wachstum 4,0 %. Die ursprüngliche Schätzung hatte auf 1,0 % gelautet. Mehrere Komponenten wurden nach oben korrigiert, darunter die Binnennachfrage (von 0,3 % auf 0,5 %). Innerhalb dieser Kategorie erhöhte sich die Verbrauchernachfrage um 0,7 % im Vormonatsvergleich und 2,7 % gegenüber dem Vorjahr. Das Wachstum der privaten Investitionen außerhalb des Wohnbereichs wurde von erwarteten -0,9 % auf +0,2 % korrigiert. Auch bei den Staatsausgaben wurde eine Korrektur nach oben vorgenommen, und zwar von einer Verringerung um 0,8 % auf ein Minus von nur 0,4 % gegenüber dem Vorquartal.

BIP-Wachstum im ersten Quartal höher als erwartet

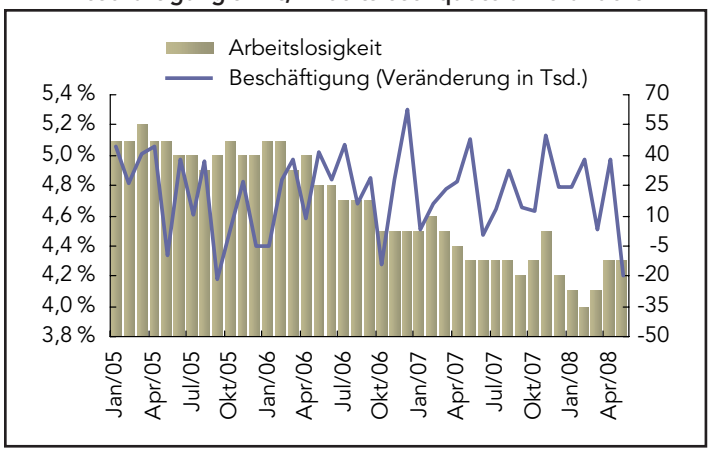


Asiatisch-pazifischer Raum (ohne Japan)

Australien

Die Beschäftigung sank im Mai zur Überraschung der Analysten erstmals seit Oktober 2006. Die Zahl der Beschäftigten ging um 19.700 auf 10.691.200 zurück. Die Analysten hatten mit einer Zunahme von rund 15.000 Arbeitsplätzen gerechnet. Bei den Vollzeitbeschäftigten wurde ein Rückgang um 10.400, bei den Teilzeitbeschäftigten eine Verringerung um 9.300 registriert. Zwar war der Arbeitsmarkt dank des Arbeitskräftebedarfs der Rohstoffproduzenten weiter angespannt, doch angesichts eines geringeren Wachstums der Nachfrage und eines sinkenden Verbrauchervertrauens erwarten die Analysten einen Rückgang der Erwerbsbevölkerung in der zweiten Jahreshälfte. Die Zahl der Arbeitslosen blieb stabil bei 476.700, die Arbeitslosenquote lag unverändert bei 4,3 %. Die Erwerbsquote ging leicht zurück von 65,5 % auf 65,2 %.

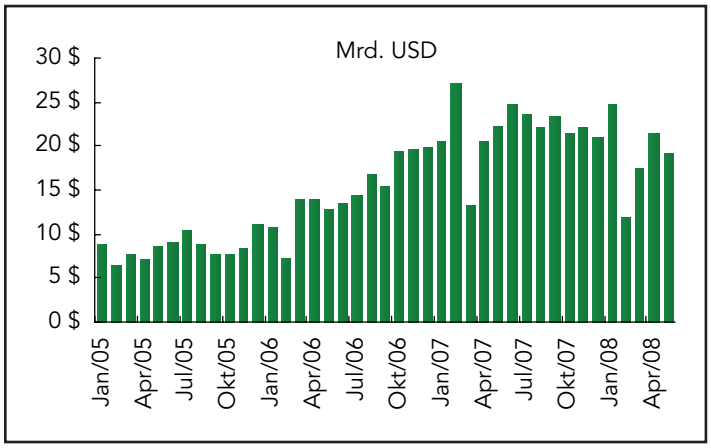
Beschäftigung sinkt, Arbeitslosenquote unverändert



China

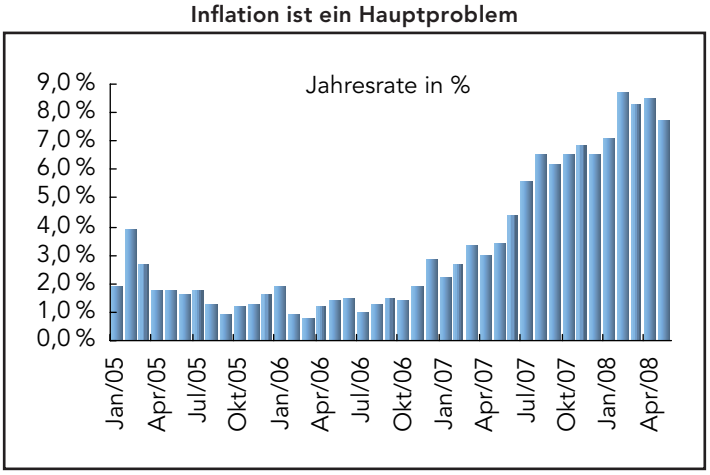
Der chinesische Warenhandelsüberschuss erholte sich im Mai weiter und wuchs auf 20,2 Mrd. $, nachdem er im Februar auf den niedrigsten Wert seit elf Monaten geschrumpft war. In den ersten fünf Monaten des Jahres betrug der Überschuss insgesamt 78,5 Mrd. $ – das bedeutet einen Rückgang um 8,5 % gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum. Die Warenexporte schossen im Vergleich zum Vorjahr um 28,1 % nach oben. Im April hatten die Ausfuhren um 21,8 % zugenommen. Gegenüber dem Vormonat erhöhten sich die Exporte saisonbereinigt um 8,8 % (April: 4,8 %). Die Einfuhren stiegen im Mai sehr deutlich um 40,0 % gegenüber dem Vorjahr (größte Zunahme seit Juni 2004) und um 13,7 % im Vormonatsvergleich.

Außenhandelsüberschuss



Der Verbraucherpreisindex stieg im Mai um 7,7 % gegenüber dem Vorjahr, nachdem er im April um 8,5 % zugelegt hatte. Grund für die niedrigere Teuerungsrate war ein geringerer Preisauftrieb bei Lebensmitteln, dem Hauptmotor des jüngsten Inflationsschubs, sowie bei anderen Gütern und Dienstleistungen. Die Preissteigerungsrate im Non-Food-Bereich verringerte sich gegenüber April erstmals seit Juli 2007 (von 1,8 % auf 1,7 %).

Inflation ist ein Hauptproblem

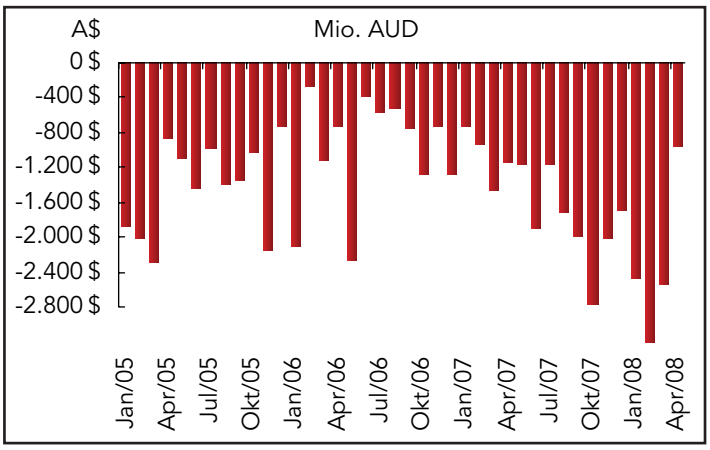


USA

USA

Das amerikanische Außenhandelsdefizit wuchs im April deutlich auf 60,9 Mrd. $, von 56,5 Mrd. $ im März (revidierter Wert). Hauptursache war der rasante Ölpreisanstieg. Die Ausfuhren erholten sich und legten um 3,3 % zu. Unterdessen stiegen die Einfuhren allerdings um 4,5 %. Während das Defizit im Handel mit Erdöl gegenüber März von 30,2 Mrd. $ auf 34,5 Mrd. $ anwuchs, blieb das Defizit im Nichtölbereich fast unverändert bei 36,1 Mrd. $. Hintergrund des größeren Ölhandelsdefizits war der Anstieg der Ölpreise von 89,85 $ pro Barrel im März auf 96,81 $ pro Barrel im April. Das Exportwachstum umfasste die meisten Bereiche, die deutlichste Steigerung wurde indessen bei Investitionsgütern (ohne Autos) registriert. Verantwortlich dafür waren zwar in erster Linie die Flugzeugbestellungen, allerdings zeigten sich auch andere Unterkategorien verbessert. Robust entwickelte sich auch der Export von Konsumgütern und Automobilen.

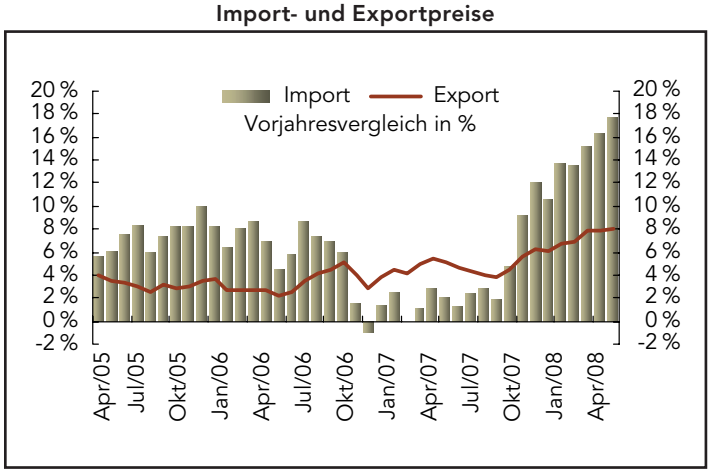
Warenhandelsdefizit



Bei den Einfuhren dominierte der Erdölbereich eindeutig. Zwar zogen die Importe in den Kategorien Investitionsgüter, Automobile und Konsumgüter wieder an, einen Zuwachs, der den Rückgang im März überstieg, verzeichnete indessen nur der Investitionsgüterbereich. Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die Exporte um 19,2 %, während die Importe um 13,5 % zulegten.

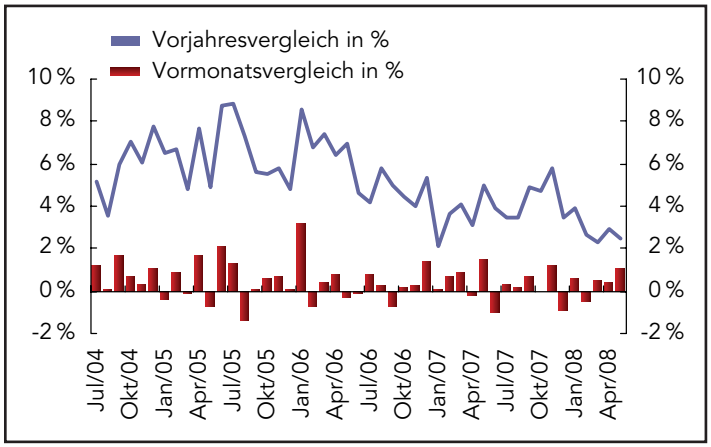
Die Einfuhrpreise erhöhten sich im Mai um 2,3 % im Vormonats- und 17,8 % im Vorjahresvergleich. Bei den Ausfuhrpreisen wurde ein Plus von 0,3 % gegenüber April und von 8,0 % gegenüber dem Vorjahr registriert. Bei Ausklammerung von Erdöl stiegen die Importpreise um 0,5 % verglichen mit dem Vormonat (nach 1,3 % und 1,2 % in den vorangegangenen Monaten) und um 6,6 % gegenüber Mai 2007. Die Preise für die Erdöleinfuhren erhöhten sich um 7,8 % gegenüber dem Vormonat und um erschreckende 68,8 % im Vergleich zum Vorjahr. Die Ausfuhrpreise für Agrarerzeugnisse stiegen um 0,3 % gegenüber April und um ebenfalls beachtliche 33,3 % im Vorjahresvergleich.

Import- und Exportpreise



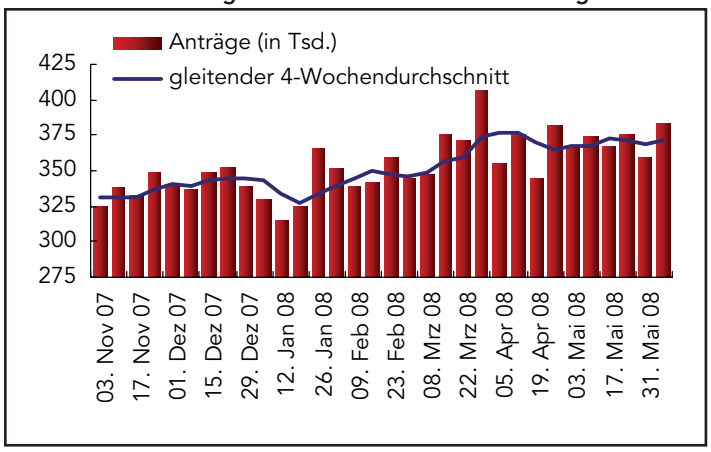
Der Einzelhandel registrierte im April einen Umsatzanstieg von 1 % im Vormonats- und 2,5 % im Vorjahresvergleich. Bei Ausklammerung von Autos betrug das Umsatzplus erneut kräftige 1,2 %, nach einer Zunahme von 1,0 % im März. Im Vergleich zum Vorjahr wurde ein Zuwachs von 4,9 % verzeichnet. Klammert man auch noch die Tankstellenumsätze aus, ergibt sich ein Umsatzanstieg von 1,0 % gegenüber dem Vormonat und 3,7 % verglichen mit dem Vorjahr. Die Verkaufszahlen an Tankstellen erhöhten sich aufgrund der gestiegenen Preise um 2,6 %, während bei Baustoffen & Gartengeräten eine überraschende Zunahme um 2,4 % registriert wurde. Bei allgemeinen Konsumgütern zeigte sich ein Plus von 1,2 %. Der Anstieg der Verkaufszahlen umfasste die meisten wichtigen Kategorien. Rückläufig waren die Umsätze nur im Gemischtwarenhandel.

Einzelhandelsumsätze erholen sich im Mai



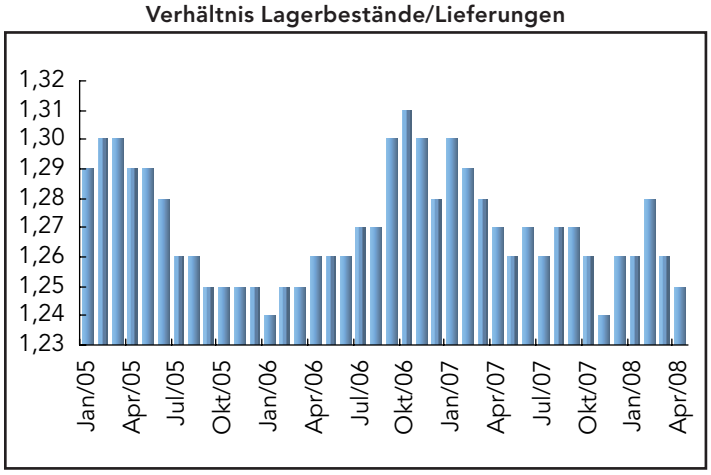
In der Woche bis zum 7. Juni stieg die Zahl der Erstanträge auf Arbeitslosenunterstützung um 25.000 auf 384.000 (höchster Wert seit Ende März). Hintergrund dürfte zumindest zum Teil ein Kalendereffekt im Zusammenhang mit dem verlängerten Wochenende um den „Memorial Day" gewesen sein. Der gleitende 4-Wochendurchschnitt ist seit Ende März relativ stabil geblieben, zurzeit beträgt er 371.500 – ein Wert, der mit dem leichten Rückgang der Gesamtbeschäftigung in Einklang steht. Die Zahl der Folgeanträge stieg in der Woche bis zum 31. Mai um 58.000 auf 3,139 Mio. (höchster Stand seit über vier Jahren).

Erstanträge auf Arbeitslosenunterstützung



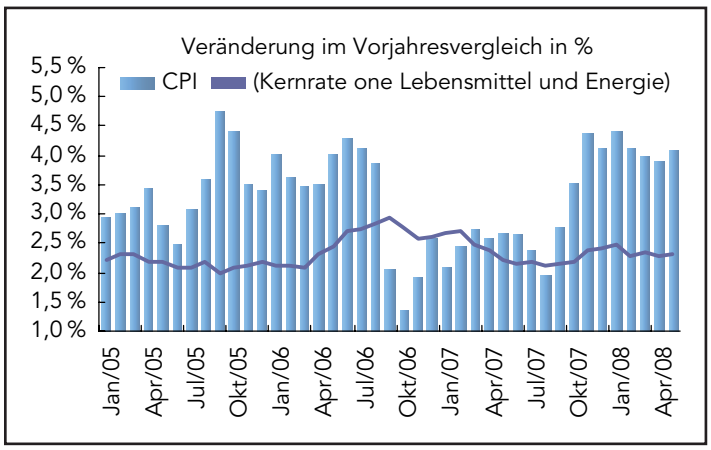
Die Lagerbestände in der US-Wirtschaft wuchsen im April um 0,5 %. Im Einzelhandel stiegen die Lagerbestände um 0,4 %, nach einem Rückgang um 0,6 % im Vormonat. Ohne Berücksichtigung von Kraftfahrzeugen verzeichnete der Einzelhandel einen Zuwachs von 0,7 % im Vormonats- und 2,3 % im Vorjahresvergleich. Dies ist deutlich niedriger als der Anstieg der Verkaufszahlen (2,8 %). Die Lagerbestände bei den Autohändlern sanken um 0,3 %, nachdem sie im März um 0,8 % gefallen waren – Hintergrund waren streikbedingte Produktionsrückgänge und schwache Umsätze.

Verhältnis Lagerbestände/Lieferungen



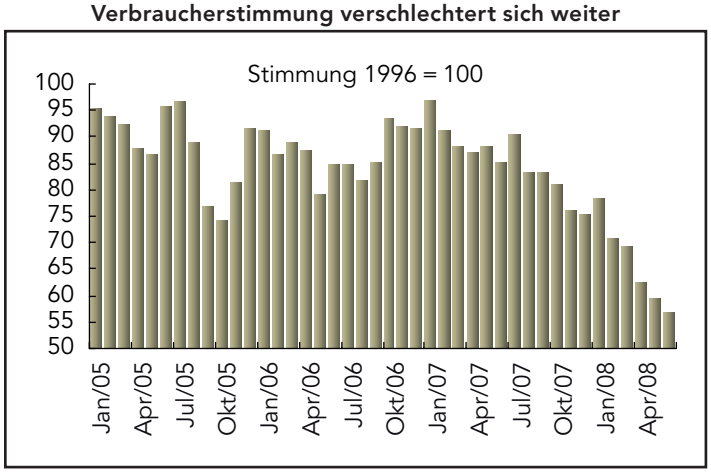
Der Verbraucherpreisindex stieg im Mai kräftig um 0,6 % gegenüber dem Vormonat und um 4,2 % verglichen mit dem Vorjahr. Wie zu erwarten, standen hinter dem monatlichen Anstieg in erster Linie die Energiepreise, die um 4,5 % zulegten. Im Einzelnen stiegen die Preise für Kraftstoffe um 5,7 %, für Heizöl um 7,9 % und für Gas und Strom um 2,3 %. Der Kernindex erhöhte sich um moderatere 0,2 % gegenüber April und um 2,3 % im Vergleich zum Vorjahr. Hintergrund waren geringe Zunahmen bei einigen wichtigen Komponenten. So stieg die kalkulatorische Miete für Wohneigentum (Owners' Equivalent Rent – OER) um nur 0,1 % und die Preise in den Bereichen Freizeit und medizinische Versorgung legten um nur 0,1 % beziehungsweise 0,2 % zu. Dämpfend auf die Kerninflation wirkten auch Preisrückgänge bei neuen und gebrauchten Autos (-0,1 %) und bei Bekleidung (-0,3 %). Neben den Preisen im Energiesektor zogen allerdings auch die Lebensmittelpreise an (0,3 %). In den Bereichen Bildung & Kommunikation und Sonstige stiegen die Preise um jeweils 0,4 %.

CPI und Kerninflation



Der vorläufige Index des Verbrauchervertrauens von Reuters und der University of Michigan für Juni ging gegenüber dem Stand von Ende Mai von 59,8 auf 56,7 Punkte zurück.
Das Verbrauchervertrauen ist in allen Umfragen auf Rekordtiefstände oder zumindest in deren Nähe gefallen, während die jeweiligen Inflationserwartungen Rekordhöhen erreicht haben. Nach einer kräftigen Zunahme im Vormonat sanken die Inflationserwartungen für die nächsten zwölf Monate wieder leicht um 0,1 Prozentpunkte auf 5,1 %. Die Erwartungen für die nächsten fünf Jahre lagen unverändert bei 3,4 %.

Verbraucherstimmung verschlechtert sich weiter



Fazit und Ausblick

Im Brennpunkt des Interesses standen in der vergangenen Woche die Inflationsraten und die schärferen Töne der Notenbanken zum Thema Preisstabilität. Vor dem Hintergrund des Treffens der G8-Finanzminister in Osaka an diesem Wochenende äußerten sich hochrangige Regierungsvertreter zum Dollar und rückten anscheinend von der Haltung des vornehmen Wegschauens ab. Die internationalen Anleihemärkte gerieten unter erheblichen Druck, aber der Dollar fand solide Unterstützung, da die Notenbanken den Blick weiter auf die Inflationsgefahr richteten. Die meisten Inflationszahlen, die im Wochenverlauf veröffentlicht wurden, gaben Grund zur Sorge – etwa in Frankreich, Japan und Indien. Während die Kerninflationsdaten aus den USA eine Erholungsrally auslösten, gab die Gesamtrate keinen Anlass zur Entwarnung. Am Anleihemarkt zogen die Renditen der längeren Laufzeiten an, besonders stark war die Reaktion jedoch bei den 2-jährigen Laufzeiten, wegen deren größerer Empfindlichkeit für Zinsänderungen der Notenbanken. Die Bank of Canada ließ ihren Leitzins unverändert – zur Überraschung der Märkte, die eine Senkung erwartet hatten.

Das Thema Inflation wird auch in dieser Woche im Mittelpunkt stehen. Am Dienstag veröffentlicht Großbritannien den Verbraucherpreisindex für Mai. Sollte die Teuerungsrate über der Marke von 3% liegen, wird die Bank of England in einem offenen Brief an den Finanzminister die Gründe für den starken Preisanstieg darlegen müssen. Nach britischem Gesetz muss Mervyn King an den Schatzkanzler schreiben, wenn die Verbraucherpreisinflation mehr als einen Prozentpunkt über der Zielmarke von 2% liegt. In dem Brief muss der Notenbankgouverneur erläutern, wie es zu der Situation gekommen ist und wie die Bank of England Abhilfe zu schaffen gedenkt. In den 10 Jahren ihrer Unabhängigkeit musste die Notenbank erst einmal ein solches Schreiben verfassen, im vergangenen April.

Vorausschau: 16. bis 20. Juni 2008

Notenbanken

18. Juni	Großbritannien	Sitzungsprotokoll der Bank of England

Die folgenden Indikatoren werden in dieser Woche veröffentlicht

Europa

16. Juni	EWWU	Harmonisierter Index der Verbraucherpreise (Mai)
17. Juni	EWWU	Warenhandel (April)
	Deutschland	ZEW-Konjunkturbericht (Juni)
	Italien	Warenhandel (April)
	Großbritannien	Verbraucherpreisindex (Mai)
19. Juni	Italien	Untersuchung zur Erwerbsbevölkerung (Q1, 2008)
	Großbritannien	Einzelhandelsumsätze (April)
20. Juni	Deutschland	Erzeugerpreisindex (Mai)

Asiatisch-pazifischer Raum

17. Juni	Japan	Index für den tertiären Sektor (April)
19. Juni	Japan	Index aller Branchen (All Industry) [April]

Amerika

16. Juni	USA	Treasury International Capital (Internationale Finanzströme) [April]
17. Juni	USA	Erzeugerpreisindex (Mai) Baubeginne Wohngebäude (Mai)
19. Juni	Kanada	Verbraucherpreisindex (Mai)
	USA	Erstanträge auf Arbeitslosenunterstützung (Woche bis vorigen Samstag) Konjunkturbericht der Regionalnotenbank von Philadelphia (Juni)
20. Juni	Kanada	Einzelhandelsumsätze (April)